



Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit  
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Präsidenten des  
Landtags Rheinland-Pfalz  
Herrn Hendrik Hering, MdL  
55116 Mainz

**DER MINISTER**

Mittlere Bleiche 61  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-29 57  
clemens.hoch@mwg.rlp.de  
www.mwg.rlp.de

02.11.2023

**Kleine Anfrage der Abgeordneten Michael Frisch und Dr. Jan Bollinger (AfD):  
betr. „Anti-israelische und linksextreme Gruppen auf dem Gelände der JGU  
Mainz“  
- Drucksache 18/7705 -**

Die Kleine Anfrage beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Nach Erkenntnissen der Landesregierung handelt es sich bei „Migrantifa“ um eine Bewegung bzw. ein Netzwerk mit verschiedenen lokalen (Orts-)Gruppen. Sie entstand 2020 nach dem Anschlag in Hanau mit dem Ziel des so genannten „migrantischen Selbstschutzes“. „Migrantifa“ weist eine hohe mediale Präsenz in den sozialen Medien auf. Bisher liegen keine Hinweise auf die Durchführung eigener gewaltsamer Aktionen vor, jedoch wird die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele von einzelnen Aktivisten gerechtfertigt. Die Gruppe „Migrantifa Mainz“ trat in den vergangenen Monaten wiederholt als (Mit-)Organisator von Demonstrationen/Kundgebungen u. a. am Mainzer Hauptbahnhof in Erscheinung. Zu den behandelten Themen gehörten „Rassistische Polizeigewalt“ sowie „Antifaschismus“ am Beispiel der Region „Kurdistan“ und eine Demonstration zum „Gedenken der Nakba“ am 13. Mai 2023.



Zu Frage 2:

Eine abschließende Bewertung der Haltung der „Migrantifa Mainz“ ist derzeit nicht möglich. Auf dem Instagram-Account der „migrantifa.rheinmain“ konnten allerdings Einträge mit israelfeindlichem Inhalt (s. Antwort zu Frage 1, Demonstration am 13. Mai 2023) festgestellt werden.

Zu den Fragen 3 bis 5:

Die Johannes Gutenberg-Universität (JGU) hat in ihrer Stellungnahme gegenüber dem Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit deutlich gemacht, dass „diskriminierende Haltungen gegenüber Personen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder sexuellen Identität, extremistische und radikale Bestrebungen, antisemitische oder gegen andere Religionsgemeinschaften gerichtete Bestrebungen, ausländerfeindliche und homophobe oder gegen Minderheiten gerichtete Ideologien an der JGU keinen Platz haben“.

Ferner führt die JGU aus, dass der Senat und das Präsidium alle rechtlichen und gesellschaftlichen Mittel ausschöpfen, um Personen und Gruppierungen, die sich mit ihren Aktionen und Programmen gegen die sich aus dem Grundgesetz und dem Leitbild der JGU ergebenden Werteordnung wenden, auf dem Universitätsgelände keine Plattform zu bieten.

Die JGU hat weiterhin mitgeteilt, dass die Hochschulleitung keine Kenntnis darüber hatte, dass die Räumlichkeiten von der eingetragenen Hochschulgruppe SDS (Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband) an die „Migrantifa Mainz“ für eine Veranstaltung weitergegeben wurden. Die JGU ist nach Auffassung der Landesregierung hinreichend sensibilisiert und hat die Hochschulgruppe bereits darauf hingewiesen, dass ein solches Verhalten künftig nicht geduldet wird.

Der „Migrantifa Mainz“ wurde zu keinem Zeitpunkt ein Raumantrag im Rahmen des „kritischen Semesterstarts“ genehmigt. Die Veranstaltungsreihe ist keine von der JGU anerkannte Vortragsreihe und hat mit der Universität nichts zu tun. Für fehlerhafte Ankündigungen Dritter im Internet ist die JGU nicht verantwortlich.



Zu Frage 6:

Da Rote Hilfe e.V. keine Hochschulgruppe an der JGU ist und sie auch gegen die oben genannten Grundsätze verstößt, wurde zu keinem Zeitpunkt ein Raumantrag im Rahmen des „kritischen Semesterstarts“ genehmigt. Die Veranstaltungsreihe ist keine von der JGU anerkannte Vortragsreihe und hat mit der Universität nichts zu tun. Für fehlerhafte Ankündigungen Dritter im Internet ist die JGU nicht verantwortlich.

Zu Frage 7:

Die Landesregierung hat sich im vorliegenden Fall mit der Universitätsleitung ausgetauscht und festgestellt, dass diese in eigener Sache die Kommunikation nach innen und außen steuern kann und wird. Eine weitergehende Sensibilisierung wird nicht für notwendig gehalten.

Clemens Hoch